regionales dialogforum
Flughafen Frankfurt

dialog brief

April 2007

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

2007 ist das entscheidende Jahr der Ausbaudiskussion. Ein langes Verfahren geht dann zu Ende und das Hessische Wirtschaftsminsterium steht vor einer Herkulesaufgabe: Es muss die verschiedenen Interessen der Konfliktparteien abwägen und eine rechtlich haltbare Entscheidung treffen.

Als Vorsitzender des RDF habe ich mich immer für einen Ausgleich der Interessen eingesetzt. Das Mediationspaket ist und bleibt dabei meine Richtschnur: Ein Ausbau des Flughafens darf nur erfolgen, wenn in der anderen Waagschale das Nachtflugverbot und ein Anti-Lärm-Pakt liegen.

Jetzt sind wir im RDF in der Pflicht, den Anti-Lärm-Pakt zu konkretisieren. Durch die Facharbeit des RDF haben wir geklärt, wo wir ansetzen müssen und welche Maßnahmen die Bürgerinnen und Bürger von Lärm entlasten. Jetzt müssen wir diese Erkenntnisse umsetzen – zum Wohle der Bürger.

Prof. Dr.-Ing J. D. Wörner
Vorsitzender des RDF

2007 – das entscheidende Jahr

Entscheidung des Hessischen Wirtschaftsministeriums zum Ausbau wird Ende des Jahres erwartet

Mit Spannung wird es erwartet: das Urteil des Hessischen Wirtschaftsministeriums über den Antrag der Fraport zum Bau der neuen Bahn. Mit der Entscheidung ist Ende 2007 zu rechnen. Damit ist dieses Jahr ausschlaggebend für den Konflikt rund um den Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Eine schwierige Entscheidung
Über 120.000 Einwendungen sind im Laufe des Verfahrens beim Ministerium eingegangen. Im Erörterungstermin des Planfeststellungsverfahrens wurden sechs Monate lang die Einwendungen angehört und die Argumente ausgetauscht. Nachdem das Regierungspräsidium Darmstadt als Anhörungsbehörde ihren Bericht erstellt hat, liegt der Ball nun beim Hessischen Wirtschaftsministerium. Es steht vor der schwierigen Aufgabe die verschiedenen Interessen und Argumente abzuwägen.

Der Dialog wirkt
Nach dieser Entscheidung wird man sich auch die Frage stellen, was der Dialog im RDF erreicht hat. Ein gutes Beispiel für die Wirkung des Dialogs ist das Nachtflugverbot.

Die Aufgabe des Ministeriums: hunderte von Akten prüfen und Argumente abwägen

Die Beteiligten haben es bei der Mediation festgeschrieben. Doch nur sehr wenige haben damals an eine Chance für das Nachtflugverbot geglaubt.

Die Position der Skeptiker war eindeutig: „Die Fraport wird niemals von sich aus das Nachtflugverbot beantragen. Die machen doch nicht von selbst über Nacht die Schotten dicht". Das klang schlüssig und doch kam es anders. Der Dialog im RDF hat auch die Fraport überzeugt: Nur ein Ausgleich zwischen den Interessen bringt eine faire Lösung für die Region. 2003 ist es dann soweit: Die Fraport AG beantragt beim Regierungspräsidium mit den Planfeststellungsunterlagen das Nachtflugverbot.

Antrag auf Planfeststellung	Erste Auslegung Planfeststellungsunterlagen	Erörterungstermin	Erneute Auslegung Planfeststellungsunterlagen	Planfeststellungsbeschluss
Fraport beantragt Ausbau beim Regierungspräsidium Darmstadt.	Unterlagen können in den Gemeinden eingesehen und Einwände erhoben werden.	Einwände werden dem Regierungspräsidium Darmstadt in der Stadthalle Offenbach vorgetragen.	Geänderte Unterlagen können eingesehen und Einwände erhoben werden.	Das Hessische Wirtschaftsministerium entscheidet, ob und mit welchen Auflagen ausgebaut wird.
2003 September	2005 Januar – Februar	2005 – 2006 Sept. – März	2007 März – April	Ende 2007

Was passiert, wenn der Ausbau kommt?

Zwei Menschen – vier Perspektiven

Dr. Heinz-Jürgen Weiss,
Wirtschaftsinitiative
Frankfurt RheinMain

„Der Flughafen trägt so sehr zur Attraktivität der Region bei, dass er uns manchen Preis wert sein sollte."

Christoph von Eisenhart Rothe,
Schutzgemeinschaft
Deutscher Wald

„Wir sind gegen den Flughafenausbau in der geplanten Form. Sinnvoller ist es, den Flugbetrieb auf der bestehenden Fläche zu optimieren."

Welche Vorteile bringt der Ausbau des Frankfurter Flughafens?

Der Flughafen ist Frankfurts Standortvorteil Nummer Eins. Wir erreichen die Welt und die Welt kommt zu uns, die Region verdankt dem Flughafen ihre Internationalität. Dieser Standortvorteil für die Wirtschaft und die Menschen in der Region muss erhalten bleiben und ausgebaut werden. Durch den Ausbau entstehen viele Arbeitsplätze direkt am Flughafen und in der ganzen Region. Wenn der Ausbau nicht kommt, verliert unsere Region an wirtschaftlicher Attraktivität – und fällt gegenüber anderen Metropolen wie Köln oder München zurück.

Die Befürworter des Ausbaus haben viele Argumente, mit denen sie einen Ausbau des Flughafens rechtfertigen. Zum Beispiel: Der Ausbau des Flughafens bringe mehr Arbeitsplätze. Ich finde dieses Argument wird übeschätzt. Viele versprechen sich zu viel vom Flughafenausbau. Das war beim Bau der Startbahn 18 West genauso. Letztlich haben sich aber schon damals die Hoffnungen auf mehr Arbeitsplätze nicht erfüllt. Bei einem Ausbau des Flughafens würde das heute genauso sein. Denn: Selbst wenn neue Arbeitsplätze entstehen, werden an anderer Stelle Menschen durch Technik ersetzt.

Welche Nachteile bringt der Ausbau des Frankfurter Flughafens?

Natürlich ist der Flugbetrieb mit Belastungen verbunden, die auch keiner leugnet. Zum Beispiel der Fluglärm. Aber heute bedeutet wachsendes Verkehrsaufkommen nicht automatisch auch zunehmende Lärmbelastung. Zum einen hat der technische Fortschritt die Maschinen leiser gemacht. Zum anderen tut der Flughafen eine Menge, um die Auswirkungen des Lärms zu verringern bzw. zu kompensieren. Unterm Strich geht es darum, Vor- und Nachteile abzuwägen. Und da bin ich sicher, dass die wirtschaftlichen Vorteile des Flughafens die Beeinträchtigungen überwiegen.

Ein ganz großes Problem ist die Fläche. Der Ausbau des Flughafens und der Bau neuer Infrastruktur braucht Platz. Um ihn zu schaffen werden 500 Hektar Wald abgeholzt. Darunter sind auch alte Eichenwälder, die schon seit vielen Jahrhunderten bestehen. Solche alten Wälder sind besonders wertvoll, sie sind natürlich gewachsen und bieten vielen Tieren Lebensraum. Bedrohte Tiere wie der Hirschkäfer oder seltene Fledermausarten leben dort. Die Ausbaubefürworter mögen ernsthaft bemüht sein, den abgeholzten Wald durch neue Bäume auszugleichen. Sie werden es aber niemals schaffen, den natürlich gewachsenen Lebensraum der alten Wälder zu ersetzen. Das ist mit Neupflanzungen einfach nicht möglich.

Wer kann zwischen den unterschiedlichen Interessen in der Region vermitteln?

Die Vermittlung geschieht nach dem Willen des Gesetzgebers im Planfeststellungsverfahren. Dabei werden alle Argumente gesammelt, beurteilt und gegeneinander abgewogen. Auf diese Weise lässt sich meiner Meinung nach ein optimaler Interessenausgleich erzielen. Für mich überwiegen klar die Vorteile des Ausbaus. Diejenigen, die einen Nachteil vom Ausbau haben, müssen natürlich einen Ausgleich bekommen, zum Beispiel durch Lärmschutzfenster. Außerdem hat die Fraport AG freiwillig ein Programm zur Entschädigung bzw. zum Aufkauf von Immobilien aufgelegt, die in 350 Metern Höhe oder niedriger überflogen werden. Das ist einmalig in Europa.

In den letzen fünf Jahren hat das RDF diese Aufgabe übernommen – und gut gemeistert. Bei der Diskussion um den Ausbau des Flughafens kommt niemand voran, wenn jeder starr auf seiner Sichtweise beharrt. Es ist auch nicht möglich, die Argumente für oder gegen einen Ausbau durch finanzielle oder wirtschaftliche Zugeständnisse zu entkräften. Der Dialog ist die einzige Möglichkeit, sich mit dem Ausbau auseinander zu setzen. In vielen kritischen Fragen hat das RDF eine diplomatische Lösung für alle Seiten gefunden. Sie sah oftmals nicht so aus, wie sie sich die einzelnen Akteure gewünscht hatten. Jeder musste von seiner Position abrücken. Am Ende haben so aber alle gewonnen.

Der Blick über den Tellerrand

Auch in Berlin und Wien stärkt der Dialog zwischen den Konfliktparteien die Flughafenregionen

Die Flughafenregion Frankfurt setzt auf Dialog – und diskutiert nun im siebten Jahr den Ausbau des Flughafens und seine Konsequenzen im RDF. Dieser Dialog ist an vielen Stellen erfolgreich: Die fachliche Arbeit hat offene und strittige Sachfragen geklärt und die Gespräche zwischen den Parteien haben das Verständnis für die Bedürfnisse der anderen Seite erhöht. Konkrete Maßnahmen wie die lärmmindernde Landeklappenstellung oder die Darstellung und Überwachung des Fluglärms wurden umgesetzt.

Auch in anderen Flughafenregionen ist der Weg des Dialogs erfolgreich. Zwei Beispiele aus den letzten Jahren sind der Flughafen Wien-Schwechat und der Airport Berlin Brandenburg International BBI.

Wien: eine Einigung schwarz auf weiß

Der Blick nach Wien macht deutlich, wie konkret die Konfliktparteien eine Einigung gestalten können. In der zweijährigen Mediation in Frankfurt wurde damals der Rahmen für den Dialogprozess festgelegt. Hier sollten die Teile des so genannten Mediationspakets weiter konkretisiert werden. Aufgabe des RDF war und ist beispielsweise, für den Anti-Lärm-Pakt Maßnahmen zu bestimmen, die die Lärmbelastung der Bürger verringern. In Wien hat man nach fünf Jahren der Mediation nun konkrete Vereinbarungen. Wie konkret, zeigen zwei Beispiele:

Die Parteien haben die **Nachtflugregelungen** sehr detailliert geregelt: Zwischen 22.30 Uhr und 5.30 Uhr dürfen maximal 3000 Flugbewegungen pro Jahr stattfinden – inklusive Verspätungen, Verfrühungen und Sonderflügen. Dabei darf die neue 3. Piste zwischen 22.30 Uhr und 6.00 Uhr gar nicht genutzt werden.

Die Beteiligten haben sich auf einen **Umweltfonds** geeinigt. Damit soll eine nachhaltige Entwicklung der Region rund um den Flughafen Wien gefördert werden. Mit dem Geld werden beispielsweise Umweltprojekte oder der Ausgleich für Belastungen finanziert. Der Fond wird vom Flughafen Wien getragen. Wie das Geld verwendet wird, entscheiden unter anderem Vertreter der Bürgerinitiativen, der Gemeinden und des Flughafens Wien.

Und was können wir aus den Erfahrungen in Wien lernen? Professor Wörner, Vorsitzender des RDF, fühlt sich durch den Blick nach Österreich bestärkt: „Für uns ist Wien ein Ansporn. Dort haben die Beteiligten geschafft, was in Frankfurt noch aussteht: eine konkrete Vereinbarung zwischen den Akteuren. Wir dürfen es nicht nur den formalen Verfahren und den Gerichten überlassen, wie ein Ausgleich der Interessen aussieht. Wir müssen uns im RDF und im Dialog einigen."

Berlin: gemeinsames Konzept für das Flughafenumfeld

Auch in Berlin wird der Dialog zwischen den Parteien vorangetrieben. Hier haben die Landesregierungen Berlin und Brandenburg das Heft in die Hand genommen und nach dem Planfeststellungsbeschluss einen Dialogprozess gestartet. Das Ziel: Ein gemeinsames Konzept für die Region rund um den Flughafen. Innerhalb von sieben Monaten haben sich die Beteiligten geeinigt.

Das Ergebnis: Die Kommunen und Länder haben ein gemeinsames Leitbild, wie sie Wohn- und Gewerbegebiete oder Verkehrswege anlegen wollen – über Gemeindegrenzen hinweg. Das Konzept macht außerdem Vorschläge, wie die Nachteile des Flughafenausbaus ausgeglichen werden können. Dabei sind auch Zahlungen für die vom Fluglärm besonders betroffenen Gemeinden angedacht. Darüber hinaus legten die Akteure fest, wie man die Region gemeinsam vermarkten und sie für Investoren attraktiv machen kann.

Genau wie in Frankfurt wurde auch in Wien und Berlin ein Dialogforum eingerichtet. Die Erkenntnis setzt sich durch, dass die Gespräche weitergehen müssen und nicht mit einer einmaligen Regelung beendet seien dürfen. Auch in Zukunft bleibt es notwendig, sich gemeinsam über den Ausgleich der Interessen zu verständigen.

Bürgerbüro Service & Ansprechpartner

Regionales Dialogforum
Bürgerbüro
Diesterwegstraße 10
60594 Frankfurt
Tel.: (069) 60 50 44 64

Service

- Lärmvisualisierungsprogramm auch im Internet
- Verleih von Schallpegelmessgeräten
- Informationen zu den geplanten Ausbauvarianten
- Bibliothek

Ansprechpartnerin

- Barbara Banse
  banse@dialogforum-flughafen.de

Öffnungszeiten

- Mo, Di, Do, Fr 9:00 bis 13:00 Uhr
- Do 15:00 bis 18:00 Uhr

Klimaschutz ganz oben auf der Tagesordnung

Bürgerinnen und Bürger bestimmten die Themen des Abends

Ein Stuhl blieb zunächst frei an dem runden Tisch in der Mitte des Saales. Auf den übrigen Plätzen hatten bereist Fachleute und Experten rund um das Thema Flughafenausbau Platz genommen. Und auch der letzte Platz sollte nicht leer bleiben.

Freie Themenwahl

Einmal thematisch frei diskutieren, was rund um den Flughafenausbau auf dem Herzen liegt – diesen Wunsch hatten die Bürgerinnen und Bürger auf der letzten Veranstaltung in Flörsheim geäußert. Gelegenheit dazu gab es nun bei der RDF-Veranstaltung am 16. März 2007 in der Stadthalle Rüsselsheim. Die rund 50 Teilnehmer schlugen eigene Themen vor und stellten sie zur Abstimmung im Plenum. Auf diese Weise ergab sich die Tagesordnung der Veranstaltung. Jeweils ein „Abgeordneter" aus dem Plenum nahm dann den freien Platz in der Runde der Experten ein. Eingeladen waren: Michael Antenbrink, Bürgermeister der Stadt Flörsheim; Michael Kraft, Deutsche Flugsicherung; Reinhard Ebert, Umweltamt Rüsselsheim; Professor Jörg Berkemann, Richter am Bundesverwaltungsgericht a.D.; Thomas Lurz, Fraport AG; und der Vorsitzende des RDF, Professor Johann-Dietrich Wörner.

Kritische, aber konstruktive Diskussionen am runden Tisch mit sechs Experten und einem Bürger

Klimawandel als Top-Thema

Der Klimawandel wird derzeit in der Öffentlichkeit heiß diskutiert. Kein Wunder also, dass es das Thema an die Spitze der Tagesordnung schaffte. Fraport-Sprecher Lurz hatte es mit gut informierten Bürgerinnen und Bürgern am Tisch und im Plenum zu tun, die mit ihm die Verantwortung der Flugindustrie für den Klimawandel diskutierten. Weitere Themen des Abends: das „öffentliche Interesse" an der Flughafenerweiterung, oder die Befürchtung der Bürger, der geplante Ausbau sei nur der Anfang eines unbegrenzten Wachstums des Flughafens.

Teilnehmer zufrieden mit dem Format

Freilich konnte aus Zeitgründen nicht alles abschließend diskutiert, nicht jedes anfangs gewünschte Thema auch tatsächlich angesprochen werden. Doch eines wurde mit Sicherheit erreicht: Alle beteiligten Interessensgruppen trafen sich – ganz wörtlich – an einem runden Tisch und diskutierten auf Augenhöhe. Das zeigte auch das Urteil der Teilnehmer am Ende der Veranstaltung, die sich beinahe einstimmig für das Format aussprachen. Auch der Vorsitzende des RDF, Professor Wörner, zeigte sich zufrieden: „Themen und Aspekte, die bislang beim RDF eher wenig angesprochen wurden, kamen ans Licht und konnten diskutiert werden."

Das Dialoggerücht: Der Dialog wird Ende 2007 beendet!

Immer wieder äußerten Bürger die Sorge, der Dialog zwischen den Konfliktparteien werde mit dem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens beendet. Diese Sorge ist jedoch unbegründet. Die Mehrheit der Mitglieder des Regionalen Dialogforums ist sich bewusst, dass der Dialog auch nach einem Planfeststellungsbeschluss weitergehen muss. „Auch wenn der Beschluss zum Ausbau da ist, brauchen wir den Dialog. Der Flughafen wird die Anwohner in Zukunft noch stärker belasten und hat trotzdem für die Region eine enorme wirtschaftliche Bedeutung. Wir müssen also weiter daran arbeiten, dass wir die Belastungen für die Menschen verringern. Dazu müssen alle wichtigen Akteure im Gespräch bleiben und nach Lösungen suchen", so Professor Wörner, Vorsitzender des RDF.

Impressum 04 2007

Herausgeber
Geschäftsstelle des Regionalen Dialogforums
Bürgerbüro
Ralf Eggert
Diesterwegstraße 10
60594 Frankfurt
Tel.: (0 69) 60 50 44 64
Fax: (0 69) 60 50 48 74

www.dialogforum-flughafen.de
Der „dialog brief" wird auf der RDF-Internetseite unter „Dialog" veröffentlicht.

Redaktion
Stephan Rammelt
IFOK GmbH – Institut für Organisationskommunikation
Berliner Ring 89
64625 Bensheim
Tel.: (0 62 51) 84 16 36
Fax: (0 62 51) 84 16 16
e-mail: stephan.rammelt@ifok.de